

Gesucht: ein König : Regierungsreform

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebenspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **119 (1993)**

Heft 45

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-618270>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

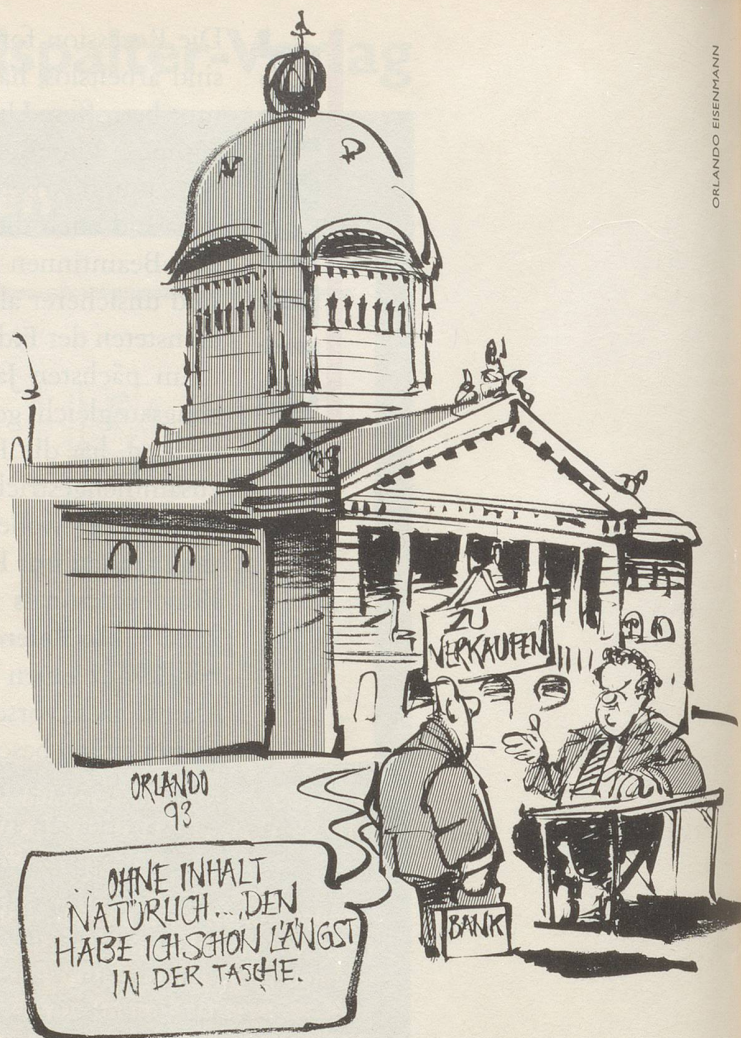
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Regierungsreform:

Gesucht: ein König

Mit der Staats- und Regierungsreform soll es also Schrittchen für Schrittchen vorwärtsgehen. Unter der weisen Führung des pensionierten Staatsrechtlers Kurt Eichenberger und des ebenfalls pensionierten Bundeskanzlers Walter Buser – übrigens nie ein Ausbund von Phantasie und Kreativität – will der Bundesrat Veränderungen in der Staatsführung einleiten. Das heisst, am liebsten hätte er gar nichts Neues. Denn das brächte ja nur Unruhe und Verunsicherung ins Bundeshaus. Und man müsste sich wieder an Neues gewöhnen. Schrecklich, schrecklich. Doch, wie sagt man dies den Bürgerinnen und Bürgern, damit die Unlust nicht gerade ins Auge sticht? Kein Problem, man sucht nach Begründungen, die auch im hintersten Winkel des Landes einsichtig sind.

So ist es beispielsweise nach Auffassung des Bundesrates nicht möglich, aus der Schweiz eine parlamentarische Demokratie mit Regierungsmehrheit und Opposition wie in der Bundesrepublik Deutschland zu machen. Ein solches System brauche immer, sagte Bundeskanzler François Couchepin, einen Ausgleich in der Form eines



Gesucht: solvente Interessenten

Präsidenten oder eines Königs. Das haben wir aber nicht, also ist eine parlamentarische Demokratie nicht möglich. Schade, dass der Bundesrat uns und vor allem der Regenbogenpresse keinen Präsidenten oder gar einen König gönnt. Anwärter hät-

te es sicher zuhauf gegeben: Christoph Blocher, Jean Ziegler, Ernst Mühlemann, Edgar Oehler, Franz Jaeger ... Oder vielleicht hätte uns das Vereinigte Königreich gar eines ihrer besten Exemplare zur Verfügung gestellt.

Vor die Presse nur bei schönem Wetter:

Die «100 Tage» können warten

Eigentlich hätte es eine ganz gediegene Veranstaltung werden können. Urs Scheidegger, der neue Flüchtlingsdirektor, wollte Ende Oktober das zelebrieren, was heute jeder Höherchargierte eines einigermassen zivilisierten Landes tut, nämlich Bilanz ziehen über die ersten 100 Amtstage. Mindestens einen mittleren Tagesschaubeitrag hätte er auf sicher gehabt, ebenso das obligate Foto in den Zeitungen. Plötzlich aber war Scheideggers Termin aus dem

Kalender verschwunden. Spurlos und ohne Erklärung.

Nun ist es alles andere als ein Geheimnis, dass der nunmehr beamtete Ex-Journalist liebend gern mit Bild, Text und O-Ton in den Medien präsent ist. Allerdings: Die publizistischen Elaborate um und über Scheidegger müssen einen auf der ganzen Linie positiven Eindruck hinterlassen, sonst macht das Ganze keinen Sinn. Aus diesem Grund wurde der Anlass sang- und klanglos fallengelassen, als die

Kosovo-Asylanten und die Kirchen – völlig respektlos und mit null Gespür für Scheideggers Pläne – plötzlich Stunk machten. Das hätte ja womöglich noch kritische Fragen abgesetzt. So harrete Scheidegger am fraglichen Tag in seinem Büro aus.

Unser Vorschlag: Eine 200-Tage-Bilanz im Januar. Das Schönwetterprogramm wäre kalkulierbar, wenn der Fremdenpolizei auferlegt würde, allfällige Ausschaffungsfristen auf Februar oder März anzusetzen.